

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Der Kommentar

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

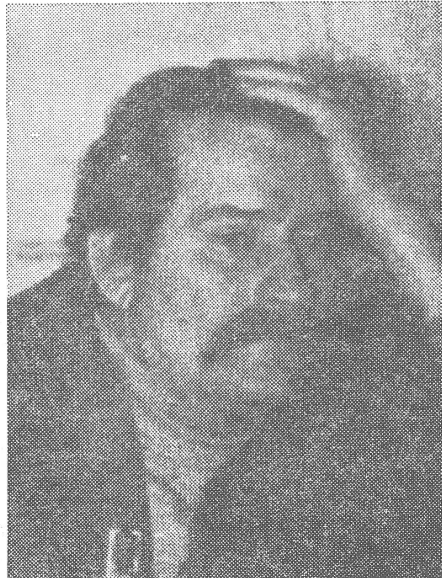
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Parteichef Stanislaw Kania.



Gewerkschaftsleiter Lech Walesa.

## Der Kommentar

### Pikett in Polen

Die Lage in Polen ist dramatisch genug; akut gefährlich ist die Lage für Polen geworden.

Moskau lässt es nicht mehr bei der Verurteilung konterrevolutionärer Elemente bewenden, sondern greift als konterrevolutionär die neuen gewerkschaftlichen Institutionen selber an, die in Polen offiziellen Status haben. Das ist soviel an politischer Vorbereitung für angewandte Brezhnev-Doktrin, als es vor dem Truppeneinsatz braucht.

Eine deutsche Textprobe aus dem «Neuen Deutschland» vom 3. 2. 1981: «Die Führer von Solidarnosc provozieren Tag um Tag vorsätzlich Chaos und Anarchie. Was dem Beobachter im Lande seit langem deutlich wurde, tritt jetzt immer drastischer hervor: Diese Leute haben (...) die Konterrevolution auf ihre Fahnen geschrieben.» Später ist von den konterrevolutionären Machenschaften der Solidarnosc als solche die Rede.

Der Frontalangriff auf Solidarnosc geschieht im Wissen, dass es der polnischen Führung unmöglich ist, in «konsequenter» Befolgung des internationalistischen Diktats die freien Gewerkschaften aufzulösen. Und wenn sie es nicht tut, macht sie sich in sowjetischer Lesart ja nicht mehr bloss der Hilflosigkeit gegenüber feindlichen Umtrieben schuldig, sondern der Anerkennung institutionalisierter Konterrevolution. Die Logik heisst: Bahn frei.

Ein Bluff? Es ist unvorstellbar, dass man sich in Moskau keine Rechenschaft darüber gibt, wie kontraproduktiv es sich auf Osteuropa auswirken kann, wenn nachher nichts passiert.

In Polen selbst hat die Beruhigung von Ende Januar nicht lange angehalten. Auf nationaler Ebene kam es damals zu einem Kompromiss zwischen Solidarnosc und der Regierung. Er betraf einmal die provisorische Regelung der Arbeitszeit und dann (endlich) die gewerkschaftliche Selbstdarstellung in den elektronischen Medien: einmal pro Woche dürfen die Solidarnosc-

### Waffen für El Salvador

Empörung brandet über die Amerikaner, weil sie sich mit Waffenlieferungen in den Bürgerkrieg von El Salvador einmischen. Sie haben die Waf-fenhilfe gefälligst den sozialistischen Staaten zu überlassen, die sich darauf verstehen.

Die Ausgangslage für die heutige Krise in der mittelamerikanischen Republik El Salvador ist anders, als man gemeinhin annimmt. Der kommunistisch gelenkten Führung der Aufständischen war es nicht darum gegangen, ein rechts-extremes Regime zu stürzen. Sondern darum, ein reformistisches Regime so reaktionär wie möglich zu machen, um es besser stürzen zu können. Die regierende Militärjunta besteht mehrheitlich aus Offizieren, die als gemässigt reformistisch einzustufen sind. Das heutige Regime war 1979 nach dem Sturz des Diktators Carlos Humberto Romero gebildet worden, und es hatte versucht, eine (vorsichtige) Agrarreform durchzuführen.

Und genau das war dem von aussen mitgelinkten Teil der Guerillabewegung gegen Romero nicht genehm. Diese Leute wollten es nicht zulassen, dass sich das Land ohne Umsturz sanieren könnte, und so setzten sie auf die Eskalation der Gewalt, um den Reformkurs verhindern zu können. Und die Junta dahinzubringen, sich zu verhärten und gründlich verhasst zu machen. Das würde — so ging die Berechnung weiter — auch die USA veranlassen, den Aufstand zu legitimieren.

Vertreter an Radio und Fernsehen selber zu Wort kommen.

Wie bei allen zentralen Streitfragen zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und den Behörden ging es dabei um nichts anderes als um die Erfüllung der Versprechen, welche die Regierung in ihren Vereinbarungen mit den Streikkomitees schon im letzten Spätsommer verbindlich abgegeben hatte.

Tatsächlich müssen die Arbeiter fast um jeden Punkt kämpfen, wenn es an die Verwirklichung gehen soll. Und das sieht dann fast so aus, als ob es sich um neue («masslose») Forderungen handeln würde und nicht ganz einfach um zustehendes Recht.

Das Regime hätte sich die «Bedrohung des sozialen Friedens», die es jetzt beklagt, ersparen können, wenn es nicht so systematisch versucht hätte, die meisten seiner festen Zusagen zu vergessen.

Die regionalen Machtproben verlaufen unterschiedlich. In Bielsko Biala haben nach Entlassung korrupter Lokalbosse die Streiks aufgehört, in andern Provinzen nicht. Dazu rebellieren Studenten gegen das Obligatorium ideologischer Fächer. Die Partei (in der sich das Politbüro-mitglied Stefan Olszowski immer mehr als Verkünder der guten alten marxistisch-leninistischen Linie profiliert) wollte sich an ihrer ZK-Sitzung vom 9. Februar mit der Lage befassen, und für den Tag darauf war der letztinstanzliche Gerichtsentscheid über die Registrierung der Bauergewerkschaft «Land-Solidarität» fällig.

An Gründen für brüderliche Aufmerksamkeit wird es in der nächsten Zeit nicht fehlen. cb

Präsident Carter hatte in der Tat nicht eingreifen wollen, solange man die Situation in El Salvador als interne Angelegenheit erklären konnte. In den letzten Monaten war es aber auch in Washington klar geworden, dass sich die Sowjetunion und Osteuropa durchaus einmischten, mit Waffen, die via Kuba und das benachbarte Nicaragua ins Land gebracht wurden, und zwar in zunehmender Zahl. Und mit den Waffen kam auch Guerillapersonal aus der kubanischen Stellvertreterdiktatur. So haben die Amerikaner beschlossen, ihre vor einigen Monaten eingestellten Waffenlieferungen an die Junta wieder aufzunehmen. Der Entscheid (den noch Carter kurz vor der Amtsübergabe traf) war die Konsequenz darauf, dass die amerikanische Enthaltensamkeit von der sowjetisch-kubanischen Gegenseite nicht honoriert worden war (anders wäre es auch verwunderlich gewesen).

Was die Amerikaner nicht haben, ist eine Propagandamaschine, die jener vom bewussten Gegenlager ebenbürtig wäre. Und so bläst man zum sittlichen Entrüstungssturm auf die USA.

Man fordert, dass El Salvador sein Schicksal selber bestimmen müsse. Doch genau das kann es nicht, wenn sich die Sowjets und ihre Mittelsmänner zu den Protektoren seines Selbstbestimmungsrechts aufschwingen.

Die Waffen, die aus Kuba in ein Land mit Bürgerkrieg gebracht werden, sind hilfreich. Die Waffen dagegen, die als Antwort darauf aus den USA kommen, sind interventionistisch. Man kann diese Logik akzeptieren. Aber nicht als Demokrat. it